

**Deutscher
Gewerkschafts-bund**

**Kreis Verband Herne
Region Ruhr-Mark**

Kreisverband Herne

**Stellv.Vorsitzender
Norbert Kozicki**

c/o ver.di Herne

**Brunnenstraße 42
44621 Herne**

Telefon: 0162 8722684

Telefax: 02323 - 952217

DGB Region Ruhr-Mark Kreisverband Herne Norbert Kozicki

Medienmitteilung

DGB-Herne nimmt Stellung zu den aktuellen sozialpolitischen Provokationen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

DGB Herne erwartet Stellungnahme von MdB Ingrid Fischbach

Abteilung
stellv.Vorsitzende

Unsere Zeichen
NK

Datum
17.02.03

Der Kreisvorstand Herne des DGB lehnt die Pläne des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur sogenannten Reform des Arbeitsrechtes, insbesondere zur Einführung betrieblicher Bündnisse für Arbeit und zur Einführung des Optionsmodells im Kündigungsschutz konsequent ab.

Die Einführung betrieblicher Bündnisse zerstört die bisherige Tarifautonomie und ist ein frontaler sozialpolitischer Angriff auf das Betriebsverfassungs- und Tarifvertragsgesetzes. Nach § 77 (3) dürfen Betriebsrat und Unternehmensleitungen keine einzelnen Verhandlungen zum Tarifvertrag führen, denn das liegt in der Verantwortung der Tarifvertragsparteien, den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften. Ziel dieser Politik ist eine massive Senkung der tariflichen Löhne.

Weiterhin will die CDU/CSU das Günstigkeitsprinzip im Sinne der Forderungen der Arbeitgeberverbände verändern. Das Günstigkeitsprinzip erlaubt die Abweichung von den Vereinbarungen im Tarifvertrag nur in zwei Fällen: erstens, wenn eine solche Abweichung vorgesehen ist (Öffnungsklausel), zweitens, wenn der Arbeitnehmer durch eine betriebliche Maßnahme besser gestellt wird. (Günstigkeitsprinzip, § 4 (3), Tarifvertragsgesetz)
Die CDU/CSU will dieses Prinzip abschaffen, um die Situation rechtlich zu ermöglichen, dass Arbeitnehmer unter Umgehung des Tarifvertrags bei erheblichem Lohnverzicht weiterbeschäftigt werden können. Als Begründung dient die angebliche Sicherheit des Arbeitsplatzes, der durch Lohnverzicht garantiert werde. Der wirtschafts- und sozialpolitische Zynismus dieser Parteienvertreter ist angesichts der wirtschaftlichen Tatsachen kaum noch zu steigern. 4,6 Millionen aktuell arbeitslos gemeldete Menschen hätten wohl früher auf Lohn verzichten sollen, dann wären sie nicht arbeitslos geworden.

Für den DGB-Kreisvorstand Herne ist es eine glatte Provokation, wenn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die praktische Abschaffung des Kündigungsschutzes den arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik als Reform verkaufen will. In Zukunft sollen Arbeitnehmer ein Optionsrecht haben: entweder sie entscheiden sich für den geltenden Kündigungsschutz, oder sie wählen eine Abfindung, die sich nach der Betriebszugehörigkeit richtet. Hier soll die Not der arbeitslosen Menschen schamlos ausgenutzt werden, um weitere soziale Standards abzubauen. Die Zeiten, in denen der arbeitende Mensch als „Mitarbeiterin“ oder „Mitarbeiter“ betrachtet wurde, scheinen für die Unternehmer und die CDU/CSU endgültig vorbei zu sein. Es wird wieder der arbeitende Untertan gesucht, der zugunsten seines betrieblichen Lehensherren auf alle sozialen Sicherungen verzichtet.

Der DGB-Kreisvorstand Herne fordert die Bundestagsabgeordnete der CDU, Frau Fischbach, auf, sich von diesen Vorstellungen des Fraktionsvorstandes vom 9./10. Februar 2003 zu distanzieren. Weiterhin haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Herne das Recht zu erfahren, wie sich die örtliche Abgeordnete der christlichen Partei in der Frage entscheidet.

gez. Norbert Kozicki
(stellv. DGB-Kreisvorsitzender)